



Impuls Wauwil

Info-Blatt der CVP Wauwil für Mitglieder und Interessierte

Nr. 2 / August 2005

Parteileitung c/o Daniel Keusch-Kaufmann, Höhenweg 23, 6242 Wauwil

www.cvp-wauwil.ch / info@cvp-wauwil.ch

Valiant Bank / Konto: 42 1.973.524.03

Postcheckkonto: 60 – 20922 – 6

Personenfreizügigkeit JA

		
Chancen packen! Jeder dritte Franken und jeder dritte Arbeitsplatz hängt am Handel mit der Europäischen Union.	Klug verhandelt, viel erreicht! Personenfreizügigkeit massgeschneidert für die Schweiz, schrittweise und kontrolliert.	Nicht aufs Spiel setzen! Ein Nein gefährdet Arbeitsplätze und treibt die Preise in die Höhe.

Der Bundesrat empfiehlt geschlossen die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die **zehn neuen EU-Staaten klar zur Annahme** – ebenso die Verstärkung der flankierenden Massnahmen.

Flankierende Massnahmen gegen Lohndumping!

Nicht nur **lange Übergangsfristen**, sondern auch ein ausgebautes System von **flankierenden Massnahmen schützen** den Schweizer Arbeitsmarkt. Die bereits seit Juni 2004 in Kraft gesetzten Massnahmen werden nochmals verschärft. Die schweizerischen **Lohn- und Arbeitsbedingungen** dürfen nicht missbräuchlich unterboten werden und gelten auch für ausländische Firmen. Bei Verfehlungen können ausländische Firmen bis zu fünf Jahre vom Schweizer Markt ausgeschlossen werden und müssen **Bussen** bis zu einer Million Franken bezahlen. Die Kontrollen durch kantonale Arbeitsmarktinspektoren und die **scharfen Sanktionen** verhindern ein Lohn- und Sozialdumping.

Zuwandern darf nur, wer einen gültigen Arbeitsvertrag hat!

Der freie Personenverkehr mit den EU-Ostländern erfolgt **bis 2014 schrittweise und kontrolliert**. Das hat die Schweiz gut ausgehandelt! Zudem kann nur rekrutiert werden, wenn im Inland keine entsprechenden Arbeitskräfte zu finden sind.

Arbeitslose können sich nicht frei niederlassen. Einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat nur, wer mindestens während 12 Monaten in die Arbeitslosenkasse einbezahlt hat.

Die EU ist unser wichtigster Kunde!

Jeden dritten Franken verdient unser Land im Handel mit der EU. Diese ist somit unser wichtigster Handelspartner. Über 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen in diese Länder! Das heisst, dass jeder dritte Franken im Handel mit der EU erwirtschaftet wird. Oder noch wichtiger:

Jeder 3. Arbeitsplatz ist von der EU abhängig!

Durch die Erweiterung wird unser Exportmarkt noch grösser, wodurch unser Land noch mehr profitiert.

Ausländische Arbeitskräfte sichern Schweizer AHV!

Das zusätzliche Wirtschaftswachstum kommt allen Sozialwerken zu Gute. Heute bezahlen ausländische Versicherte bereits 25 Prozent der AHV-Beiträge, während sie lediglich 15 Prozent der einbezahlten Renten beziehen!

Abstimmungsparolen vom 25. September 2005

Eidgenössische Abstimmung:

Ja Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedländer zum freien Personenverkehr mit der ganzen EU und über die Revision der flankierenden Massnahmen.

Kantonale Abstimmung:

Ja zum Zubringer Rontal

Nein zur Stipendien-Initiative

Veranstaltung mit Bundesrat Schmid

Am **Montag 29. August 2005 um 19.30 Uhr** organisiert das Luzerner Komitee Personenverkehr-ja in der **Stadhalle Sursee** eine Informationsveranstaltung mit Bundesrat Samuel Schmid.

Sommerfest mit Familien der CVP Amt Willisau

Am **Samstag 3. September 2005 ab 16 Uhr** organisiert die Amtspartei ein Sommerfest für die ganze Familie. Bei schönem Wetter findet dies bei einmaliger Atmosphäre auf der **Burgruine Kastelen, Alberswil** statt, ansonsten in der Mehrzweckhalle Alberswil. Essen und Trinken wird zu günstigen Preisen abgegeben. Wir freuen uns auf viele Familien.

Info-Veranstaltung

Am **Montag 5. September 2005** findet um **20 Uhr in der MZH** von **Egolzwil** eine Veranstaltung über die Abstimmungen vom 25. September 2005 statt. Diese wird organisiert von der CVP und der FDP Amt Willisau. Als Referenten sind unter anderem **Ständerat Franz Wicki**, Grosswangen und **Regierungsrat Max Pfister**, Nebikon eingeladen. Weitere Details erfahren Sie in der Tagespresse.

Weitere Infos finden Sie auf unserer Homepage oder wenden Sie sich direkt an Daniel Keusch.

Steigende Exporte erhalten!

Die mittelosteuropäischen Länder haben zweimal so hohe Wachstumsraten wie die alten EU-Staaten und dreimal so hohe wie die Schweiz. Die steigenden Exporte in diese stark wachsenden Länder sichern bereits heute viele Arbeitsplätze bei uns. Von der EU-Erweiterung profitiert die Schweizer Volkswirtschaft jährlich um bis zu zwei Milliarden Franken.

Vom erweiterten Arbeitsmarkt profitieren!

Trotz Arbeitslosigkeit können in der Schweiz zahlreiche Arbeitsplätze nicht besetzt werden. Dies gilt besonders in Branchen wie Land- und Bauwirtschaft, Gastronomie, Gesundheitswesen, aber auch Telekommunikation. Dank den Bilateralen können Schweizer Firmen gezielt geeignete Arbeitskräfte auch in den neuen EU-Staaten rekrutieren. Und Schweizer Angestellte können leichter für den Aufbau einer Filiale in den neuen Wachstumsmärkten entsandt werden. Das stärkt den Werkplatz Schweiz zusätzlich.

Vorteile für die Jugend und Bildung!

Die Bilateralen vereinfachen das Sammeln von wertvollen Erfahrungen im Ausland, was unsere Wirtschaft wiederum bereichert. Innerhalb der EU werden unsere Berufsausweise grundsätzlich anerkannt. Zudem wird der Raum erweitert für Aus- und Weiterbildungen. Dadurch können auch unsere Studierenden vom Wissensplatz Europa profitieren!

Der Ärger mit der EU würde bei einem Nein gross und teuer!

Wir entscheiden auch über den bilateralen Weg insgesamt. Ein Nein würde die neuen EU-Bürger diskriminieren. Die EU könnte uns alle bisherigen **Verträge kündigen**. Wir brauchen optimale Rahmenbedingungen für **Wachstum und Arbeitsplätze!** Wir festigen unsere guten Handelsbeziehungen zu unserem wichtigsten Kunden mit der Ausweitung der bilateralen Abkommen.

Die klare Mehrheit der Schweizer will den bilateralen Weg!

Die Stimmberechtigten haben im Mai 2000 die ersten bilateralen Abkommen deutlich mit über 67 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Zum bilateralen Weg gibt es somit in absehbarer Zukunft keine realistische Alternative.

Kantonale Abstimmung

Ja zum Zubringer Rontal

- Für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Kantons.
- Für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- Für die Entlastung des Lebensraums Rontal vom Durchgangsverkehr.
- Für eine reife Verkehrslösung, bei der sich öffentlicher und privater Verkehr sinnvoll ergänzen.
- Für ein gemeinsames Infrastrukturprojekt von Bund und Kanton Luzern.

Nein zur Stipendieninitiative – Bildung für alle

Eine Initiative der Juso verlangt den Ausbau des Stipendienwesens.

„Stipendien können nicht den Zweck der Existenzsicherung haben!“, sagt Jakob Lütolf (CVP, Wauwil). „Die Initiative schiesst weit über die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern hinaus - die Ausgaben für Stipendien müssten von heute rund 12 Millionen Franken auf gut 23 Millionen erhöht werden!“ *Lesen Sie mehr in der Kolumne vom Kobi Lütolf.*

Der Grosse Rat lehnt die Initiative mit 83 zu 21 Stimmen ab.

Familientag: Herzlichen Dank...

...allen Familien, Kindern und Einzelpersonen, als auch besonders den vielen neuen Gesichtern, welche zu einem wunderschönen und gemütlichen Familientag beigetragen haben!

Foto-Impressionen finden Sie unter www.cvp-wauwil.ch.

Öise Grossrot Kobi Lütolf

Stipendieninitiative – Bildung für alle...

Einmal mehr suggeriert ein Initiativ-Titel etwas, das nicht der Realität entspricht. Denn mit dem Anhängsel...“Bildung für alle“ könnte man meinen, dies sei heute nicht möglich! Doch weit verfehlt!

Seit dem 1. August 2003 ist im Kanton Luzern das total revidierte Stipendiengesetz in Kraft. Seit der Inkraftsetzung haben sich die Ausgaben des Kantons Luzern für Ausbildungsbeiträge von 8,5 Millionen Franken im Jahre 2002 auf 12 Millionen Franken im Jahre 2004 erhöht. Eine deutliche Verbesserung der Stipendiensituation ist also bereits erreicht worden.

Zudem dienen diese als Überbrückung von Finanzierungslücken der Ausbildungswilligen und können nicht als deren Existenzsicherung angesehen werden. Stipendien können nicht den Zweck der Existenzsicherung verfolgen, dies ist Aufgabe der Sozialhilfe. Durch die von der Initiative geforderte Anhebung der Einkommensgrenzen für Stipendien, würden Personen in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen kommen, welche keine finanzielle Unterstützung vom Kanton benötigen.

Im weiteren fordert die Initiative nur noch Stipendien und keine rückzahlbaren Darlehen mehr, obwohl sich die Kombination von Stipendien und rückzahlbaren Darlehen im Kanton Luzern bestens bewährt hat und als positiv empfunden wird.

Die Initiative weist grosse Mängel auf und schiesst weit über die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern hinaus und untergräbt den Sinn und Zweck des Stipendienwesens. Die Erfahrungen mit dem jetzigen Gesetz hingegen sind gut. Schweizweit gilt es als eines der modernsten Stipendiengesetze, welches bildungspolitisch ausgewogen und verantwortbar ist. In diesem Sinne lehne ich diese Initiative ab.

Jakob Lütolf